

JAHRESRÜCKBLICK 2018



Liebe Leserin, lieber Leser!

2018 stand im Zeichen der Oberbürgermeisterwahl. Nach sechzehn insgesamt erfolgreichen Jahren an der Spitze des Rathauses verabschiedete sich Jann Jakobs in den Ruhestand. Der Wettbewerb um die Neubesetzung wurde in fast schon traditioneller Weise zwischen SPD und Linken entschieden. In der Stichwahl lag Mike Schubert vorn, während Martina Trauth für ihr gutes Ergebnis viel Anerkennung erhielt. Wir ermutigen Oberbürgermeister Schubert, gestützt auf seine Erfahrungen als Stadtverordneter und als Sozialbeigeordneter für sozialen Ausgleich in der Stadt sowie für eine lebendige Bürgerbeteiligung zu wirken.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen, ohne dass es feste Bündnisse in Form einer Rathauskooperation gegeben hätte. So ist der Haushaltsplan 2018/2019 unter Einbeziehung aller Fraktionen diskutiert und beschlossen worden. Die Linksfraktion brachte 2018 über 60 Anträge ein, von denen mehr als drei Viertel beschlossen worden sind. Wir haben uns für soziales Wohnen eingesetzt, indem wir z.B. für den Wohnungsbau im Bornstedter Feld mindestens 50 % Sozialwohnungen durchsetzen konnten und für den neuen Stadtteil Krampnitz eine Mietobergrenze von 8,50 Euro festlegen wollen. Zur besseren Bewältigung der Verkehrsprobleme haben wir uns für eine gut abgestimmte Sanierung der Brücken in der Stadt und für einen perspektivisch kostenlosen ÖPNV zumindest für Kinder und Jugendliche ausgesprochen.

Mit Vehemenz und mit Erfolg haben die Linken für den Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ am Brauhausberg gekämpft. Jetzt geht es nicht mehr nur um eine einfache Grundstücksverwertung, sondern um eine ernsthafte Diskussion der Bedingungen für die Sanierung und öffentliche Nutzung dieses prägenden Gebäudes.

In gleicher Weise setzen wir uns für den Erhalt der Biosphäre im Volkspark ein.

Wir unterstützen die Bürgerinitiativen in der Waldstadt II und in Babelsberg in ihrem Bemühen um den Erhalt von Waldflächen und freuen uns über den Erfolg in Babelsberg. Hohen Stellenwert hat für uns die Erweiterung öffentlicher Uferwege. Nicht zuletzt setzt sich die Fraktion für eine lebendige Bürgerbeteiligung ein, indem die Verwaltungsspitze ab 2019 regelmäßig Stadtteilkonferenzen durchführen soll.

Mit dieser Bilanz legen wir Rechenschaft über unsere ehrenamtliche Tätigkeit, so wie wir das regelmäßig mit unseren monatlichen Ausgaben des „Rathausreport“, unseren Politfrühstücken in den Wohngebieten und den Infoständen tun.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Januar

Sozialer Wohnungsbau im Bornstedter Feld

Auch die Planungen für die Bebauung der letzten Wohnbauflächen im Bornstedter Feld haben wieder deutlich gezeigt, dass Potsdam vor allem bezahlbare Wohnungen braucht. Das betonte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Einbringung des Antrags für DIE LINKE. Für alle künftigen Vorhaben soll ein Anteil belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnraums von 50% verbindlich festgelegt werden - unabhängig vom Vorhabenträger. DIE LINKE wolle damit sicherstellen, dass bedarfsgerecht im Sinne der Potsdamer gebaut werde. Der Antrag solle eine Grundsatzentscheidung für die noch mögliche Entwicklung im Gebiet sein. Nach der Ausschussdebatte wurde der Antrag im März beschlossen.

Hilfe für „Scholle 34“

Mit sehr viel ehrenamtlichen Engagement entsteht in Potsdam West das Bürgerhaus „Scholle 34“. Bei zwei Bränden fiel das Projekt den Flammen zum Opfer. Mit einem Antrag fordert Dr. Karin Schröter für DIE LINKE eine unbürokratische Hilfe der Stadt bei der Schadensbeseitigung ein. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, dass die Versicherung nicht zahlen würde. Die Verwaltung hat eine Unterstützung mit 6.000,- € zugesagt, um die zerstörten Gegenstände wiederbeschaffen zu können.

Einwohnerinformation zum Schulneubauprojekt am Bahnhof Rehbrücke

Seit mehreren Wochen sorgte das geplante Schulbauprojekt in der Waldstadt II für erheblichen Diskussionsstoff. DIE LINKE hatte das Thema beim Rathausreport live im Dezember 2017 aufgenommen und sich als bisher einzige SVV-Fraktion der Diskussion mit den Anwohnern gestellt. Deswegen beantragte DIE LINKE nun die Durchführung einer Einwohnerinfo-Veranstaltung. DIE LINKE stehe zu dem Vorhaben, es könne aber nur im Konsens mit den Anwohnenden vorangetrieben werden, sagte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im Plenum. Die Informationsveranstaltung fand schließlich im April statt.

Skateranlage am E-Park endlich ausbauen und sanieren

Bei einem Ortstermin im Juli 2017 präsentierte der Stadtjugendring die Zustände an der Skateranlage. Die Verwaltung hatte zwar durchaus Verständnis - Hoffnung auf schnelle Besserung konnte sie jedoch nicht machen. Notwendig und von den Nutzerinnen und Nutzern auch gewünscht sei ein Komplettumbau und möglichst auch eine Erweiterung. Der E-Park ist einer der wenigen Standorte in der Stadt, wo das relativ problemlos möglich wäre. Gemeinsam mit vielen Akteuren aus der Rollsportszene erarbeitete der Stadtjugendring ein konkretes Konzept für die Anlage, samt Umbau- und Finanzplanung. DIE LINKE. drängte nun mit einem Antrag aufs Tempo. Der Oberbürgermeister soll berichten, „nicht ob, sondern wie“ das Konzept schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Das Anliegen fand eine breite Mehrheit in der SVV.

März

Doppelhaushalt 2018/19 beschlossen

Nach zweieinhalb Monaten Diskussion wurde der Doppelhaushalt 2018/19 – einstimmig – beschlossen. Dass dies möglich war, sei auch ein Ausdruck des transparenten und offenen Diskussionsprozesses, betonte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg als Fraktionsvorsitzender der LINKEN in seiner Rede. Das Ergebnis der Haushaltsdebatte zeige, dass das Regieren mit wechselnden Mehrheiten funktioniere - auch bei komplexen Themen.

DIE LINKE. hatte sich intensiv in den Erarbeitungsprozess eingebracht und konnte - in dieser Form fast einmalig - alle ihre Anliegen, wenn auch zum Teil in der Form angepasst, im Beschluss umsetzen: 50.000 € mehr für die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse; 80.000 € für einen Flächenankauffonds der Stadt speziell für die Rettung von Kleingartenanlagen; 175.000 € jährlich für Potsdams Bürgerhäuser, inklusive einer Anschubfinanzierung für die „Scholle 34“ in Potsdam-West. Personell verstärkt wurden auf Antrag der LINKEN das Kinder- und Jugendbüro mit einer Stelle, der Stadtjugendring mit einer halben Stelle, die IT-Betreuung für Schulen mit drei Stellen sowie das Büro für Stadtpartnerschaften mit einer Stelle. Zusammengesetzt aus den Anträgen mehrerer Fraktionen fließen in den kommenden zwei Jahren insgesamt 320.000 € zusätzlich an die freien Kulturträger der Stadt. Davon profitiert u.a. das Theaterschiff. Auch die Werkstatt für Beteiligung erhält in 2018 10.000 €

zusätzlich. Für den Neubau der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule wurden 50.000 € für ergänzende Erstausrüstung bewilligt. Und auch Fortuna Babelsberg kann sich freuen. Für die Erweiterung und Sanierung des Vereinsheims am Stern stehen in den kommenden zwei Jahren zunächst 120.000 € zur Verfügung. Für die Sanierung von zwei Spielplätzen sind Investitionsmittel von 170.000 € zusätzlich vorgesehen.

In ähnlicher Weise wurden auch die meisten Anliegen der anderen Fraktionen in der beschlossenen Fassung des Haushalts berücksichtigt – ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit Potsdams. Dennoch wird es auch in den kommenden Jahren darauf ankommen, bei den öffentlichen Investitionen die Prioritäten so zu setzen, dass möglichst viele Potsdamerinnen und Potsdamer davon profitieren.

Sanierung von Potsdamer Brücken

In den kommenden Jahren stehen mehrere Brückensanierungen bzw. Neubauten auf zentralen Verkehrsachsen der Stadt an. Die Verwaltung soll deshalb einen Zeitplan vorlegen, der parallele Arbeiten insbesondere an Nuthestraße und Langer Brücke möglichst vermeidet und die erforderlichen Verkehrseinschränkungen minimiert. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte, dass es dabei nicht nur um den PKW-Verkehr sondern eben auch um die damit zwangsläufig verbundenen Probleme beim ÖPNV gehe. Nachdem der Oberbürgermeister äußerte, dass er die Ergebnisse einer solchen Planung zum Ende des Jahres gern in den Ausschüssen vorstellen würde, folgte eine Mehrheit der Stadtverordneten dem Antrag. Die Berichterstattung steht allerdings noch aus.

Szenario für einen kostenlosen ÖPNV

Der Oberbürgermeister sollte ein Szenario für die Einführung eines kostenlosen ÖPNV entwickeln. Kosten, technische Voraussetzungen sowie mögliche zeitliche Schritte sollten geprüft werden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg verwies bei der Einbringung auf die aktuelle Debatte, angestoßen durch die Bundesregierung. Damit konnte ein wirklich nachhaltiger und substanzialer Beitrag zur Verbesserung des Klimas in den Städten geleistet werden. Ein vehementes Plädoyer gegen den Antrag hielt der Finanzbeigeordnete Burkhard Exner.

Kommunen seien mit der Finanzierung überfordert und die Netze auf einen starken Anstieg der Fahrgastzahlen nicht ausgelegt. Die Stadtverordneten bewerteten den Antrag deutlich positiver und überwiesen ihn zusammen mit einem Änderungsantrag der CDU in den Finanz-, Ver-

kehrs-, und Hauptausschuss. Das Anliegen befindet sich noch immer in der Prüfung.

April

Letzte Chance für das „Minsk“

Das ehemalige Terrassenrestaurant „Minsk“ droht der Neubebauung des Brauhausbergs zum Opfer zu fallen. Im Ausschreibungsverfahren für die drei Grundstücke am Brauhausberg lag das Höchstgebot bei 27 Mio. Euro. Bedingung: das „Minsk“ soll weichen. Erwartet und für die Gegenfinanzierung des Badneubaus eingeplant hatten die Stadtwerke ursprünglich 6 Mio. Euro. Ein weiterer Bieter hat insgesamt 12,7 Mio Euro geboten und den Erhalt des „Minsk“ eingeplant. Der Spielraum für den Erhalt ist also gegeben. DIE LINKE. hatte deshalb eine Einzelvergabe beantragt. Für das „Minsk“-Los sollte der Erhalt des Gebäudes und eine zumindest teilweise öffentliche Nutzung gesichert werden. Die Grünen wollten zusätzlich die Erlebbarkeit des „Minsk“ vom Fuße des Brauhausberges aus gesichert wissen.

Im September mündete dies schließlich in einen gemeinsamen Antrag zu einem Werkstattverfahren, in dem alle Aspekte für einen Erhalt und die öffentliche Nutzung noch einmal geprüft werden sollen. Dieses Verfahren dauert derzeit noch an.

Votum für das Rechenzentrum

Im Rahmen eines Szenario-Workshops waren einhellig - ohne Widerspruch auch von den Vertretern der Stiftung - klare Rahmenbedingungen für das Rechenzentrum vereinbart worden. Bis 2023 soll am Standort Plantage ein neues Kunst- und Kreativzentrum realisiert werden. Ein nahtloser Übergang vom Status quo in das neue Objekt muss gewährleistet werden. Mit der bisher angebotenen Verlängerung der Mietverträge um maximal 2 Jahre torpediert die Stiftung genau diese Rahmenbedingung. Das traf bei der LINKEN. Auf großes Unverständnis. Beschlossen haben die Stadtverordneten schließlich zweierlei: zum einen wird der Oberbürgermeister aufgefordert, im Stiftungskuratorium die Verlängerung der Mietverträge um fünf Jahre nunmehr einzufordern. Zum zweiten soll die Verwaltung auf Antrag von SPD und CDU/ANW nun bis Juni einen Fahrplan vorlegen, wie die Ergebnisse des Szenario-Workshops umgesetzt werden sollen.

Kita-Gesetz: Klares Signal an das Land

Im Zuge der Einführung des beitragsfreien letzten Kitajahres plant das Land Brandenburg eine Novellierung des Kita-Ge-

setzes. In einem fraktionsübergreifenden Antrag begrüßten die Stadtverordneten dieses Vorhaben. Sie formulierten allerdings auch eine klare Erwartungshaltung an das Land. Deshalb wurde der Oberbürgermeister mit dem einstimmig gefassten Beschluss aufgefordert, sich beim Land im Rahmen der Gesetzesnovelle für vier Punkte stark zu machen: Die Erhebung von Elternbeiträgen soll so geregelt werden, dass eine soziale Staffelung ohne finanzielle Mehrbelastungen für die Kommune möglich bleibt.

Das Land soll mit der Einführung einer dritten Stundenstufe die real bestehenden Betreuungsbedarfe auch in der Finanzierung der Einrichtungen berücksichtigen. Die Einnahmeverluste durch das elternbeitragsfreie Kita-Jahr sollen für die Kommunen vollständig kompensiert werden. Die Regelungen in §16(2, 3) und §17(2) zur Umlagefähigkeit von Kosten für Grundstücke und Gebäude auf die Elternbeiträge sollen so eindeutig gefasst werden, dass eine rechtssichere Handhabung möglich wird. Hier besteht auch aus Sicht der LINKEN dringend Handlungsbedarf im vorliegenden Gesetzentwurf.

Verkehrskonzept Krampnitz

Anpassungen am Verkehrskonzept für Krampnitz schlug DIE LINKE. mit einem Antrag vor, den Ralf Jäkel einbrachte. So soll sichergestellt werden, dass der TRAM-Anschluss des neuen Wohngebiets parallel zum 1. Bauabschnitt realisiert wird. Die Straßenbreite der Haupteinfahrt soll für einen Begegnungsverkehr auch von Bussen ausgelegt werden, um einen Ringverkehr zu ermöglichen. Die Zahl der Stellplätze soll auf mindestens 0,75 pro Wohneinheit angehoben werden, wobei für Wohnungen mit drei und mehr Räumen mindestens je ein Stellplatz vorzusehen ist. Die Verwaltung hatte hier eine Kennziffer von 0,5 vorgeschlagen.

Mai

Sicherheit für das Rechenzentrum

Die Stadtverordneten hatten klar votiert und ein Szenario-Workshop zur Zukunft eines Kreativquartiers auf der Plantage war mit einem einhelligen Ergebnis aller Beteiligten ausgegangen. Umso mehr Empörung hatte bereits im April die Entscheidung des Kuratoriums der Garnisonkirchen-Stiftung hervorgerufen, einer Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum nur für 1-2 Jahre zuzustimmen. In der letzten Woche nun legte die Stiftung offen, was eigentlich ohnehin offensichtlich war: die Bauarbeiten am Turm der Garnisonkirche sind inzwischen so weit

in Verzug, dass eine Fertigstellung vor Ablauf der Baugenehmigung nicht mehr zu schaffen ist. Deswegen hat die Stiftung bereits einen neuen Bauantrag gestellt. Eine Entscheidung über die Verlängerung der Mietverträge bis 2023 stellte der Oberbürgermeister allerdings erneut erst für die Herbstsitzung des Stiftungskuratoriums in Aussicht. Zu spät für die Künstler, wie Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im Plenum kritisierte. An der Vertragskonstruktion zum Rechenzentrum ist die Stiftung Garnisonkirche gar nicht beteiligt. Würde die Stadt ihrer Betreiberin SPI einen klaren Auftrag erteilen, könnte diese die Mietverträge verlängern. Da spätestens mit dem neuen Bauantrag klar ist, dass die Fläche des Rechenzentrums bis 2023 definitiv nicht in Anspruch genommen werden kann, wäre das wohl endgültig niemandem mehr vermittelbar, so seine Bewertung.

Drei-Jahresverträge für Freie Kulturträger

DIE LINKE. hatte schon vor längerer Zeit durchgesetzt, dass freie Kulturträger mindestens mit Drei-Jahres-Verträgen ausgestattet werden sollen, um die Planungssicherheit zu erhöhen. Mit dem aktuellen Antrag wollten Dr. Karin Schröter und die Linksfraktion den Oberbürgermeister nun beauftragen, dieses Anliegen mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt umzusetzen. Der Finanzausschuss intervenierte hier und wollte noch einmal prüfen lassen, ob und für welche Träger überhaupt eine solche Vertragsgestaltung künftig greifen soll. Karin Schröter widersprach dem im Plenum erfolgreich. Der Oberbürgermeister muss nun in Erfüllung dieses Auftrags berichten, wie die künftig dreijährige Vertragslaufzeit umgesetzt werden kann.

Regelmäßige Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen

DIE LINKE. setzt sich seit Jahren konsequent für Bürgerbeteiligung ein. Mit diesem Antrag unternahm sie einen neuen Anlauf, jährliche Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen zu etablieren. Einen solchen Antrag habe man vor 15 Jahren schon einmal gestellt, erinnerte Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Einbringung. Damals sei er noch abgelehnt worden - seitdem sei jedoch viel passiert. Heute ist Potsdam bei der Bürgerbeteiligung deutlich weiter. Einwohnerversammlungen zur regelmäßigen und kontinuierlichen Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer auch an Querschnittsthemen sind nun ein folgerichtiger nächster Schritt.

Grünkonzept für Hermannswerder

Zuletzt hatte in Hermannswerder die Diskussion um das Inselwäldchen an der Fahrweise für Unruhe gesorgt. DIE LINKE. forderte in einem Antrag ein Grünkonzept für die Halbinsel. Es gehe nicht darum, das Rad neu zu erfinden, betonte Ralf Jäkel bei der Einbringung. Vielmehr sollen die schon bestehenden Festlegungen und Planungen, z.B. auf dem Areal der Hoffbauer-Stiftung und den anderen Bereichen in einem einheitlichen Konzept zusammengeführt werden. Die Verwaltung soll dieses Konzept im Bau- und im Umweltausschuss vorstellen.

Juni

Rechenzentrum: in fünf Jahren ist Schluss

Mit dem Rechenzentrum an diesem Standort soll nun in fünf Jahren definitiv Schluss sein. In diesem äußerst knappen Zeitraum soll nach einem neuen Standort für ein anderes Gebäude im Bereich Alter Stall/Feuerwache gesucht werden. Nur 15% des Rechenzentrums-Grundstücks gehören tatsächlich der Stiftung Garnisonkirche. Deshalb schlug Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg für DIE LINKE. eine Machbarkeitsstudie vor: geprüft werden sollte, ob durch einen Teilabriss auf den Flächen der Stiftung und eine Erweiterung des Gebäudes entlang der Dortustraße ein Erhalt grundsätzlich realisiert werden könne. DIE LINKE forderte weitere Verhandlungen mit der Stiftung über eine Offenhaltung über 2023 hinaus. Der Antrag der LINKEN wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und somit das Ende des Rechenzentrums in fünf Jahren beschlossen.

Fast alle wollen das freiland

Seit 2010 besteht nun schon das Jugendkulturzentrum freiland. Doch nun wollten die Stadtwerke Potsdam das freiland abstoßen und den Pachtvertrag nach dem 30. September nicht mehr verlängern. Unter den Stadtverordneten dagegen herrschte große Einigkeit, dass das Jugendkulturzentrum bleiben soll. Am liebsten so, wie Geschäftsführer Achim Trauthvetter es sich in seinem Redebeitrag wünschte: unter Beibehaltung der Stadtwerke als Verpächter. Einen entsprechenden gemeinsamen Antrag von den Fraktionen DIE LINKE, die aNDERE und Grüne, unterstützte er. Oberbürgermeister Jann Jakobs soll die Stadtwerke anweisen, den Pachtvertrag zunächst um ein Jahr zu verlängern. Bis Ende 2018 soll dann eine dauerhafte Lösung erarbeitet werden. Diese Arbeit läuft noch.

B-Plan für die Schiffbauergasse

Die Sanierungssatzungen für den Kulturstandort an der Schiffbauergasse werden in absehbarer Zeit auslaufen. DIE LINKE beantragte daher, rechtzeitig mit ausreichendem Vorlauf mit der Ausarbeitung des B-Plans für die Entwicklung der Schiffbauergasse mit dem Schwerpunkt Kultur- und Kreativstandort zu beginnen und der Nutzung zu möglichen anderen Zwecken rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben.

September

Der Kampf um Potsdams Uferwege

Potsdams Uferwege sind ein Dauerthema in der Stadt. So schon wie Potsdams Wasserlage ist, so umkämpft ist auch der freie öffentliche Zugang zu den Ufern. Gleich drei Tagesordnungspunkte dieser Stadtverordnetenversammlung hatten die Uferwege zum Thema. Bereits in der Fragestunde erkundigte sich Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem Stand der Planungen für den Uferweg entlang des Wasserwerks in der Leipziger Straße. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt informierte, dass die Bauarbeiten dort im 3. Quartal 2019 beginnen würden und die Fertigstellung für 2020 geplant sei. Beinahe gegenüber – hinter dem Hafen der Weißen Flotte, ausgehend von der Gartenanlage am Hinzenberg bis hinüber zur Neustädter Havelbucht klafft die letzte große Lücke im innerstädtischen Uferwegenetz. DIE LINKE wollte mit einem neuen Antrag nun zunächst eine Planung für diesen Abschnitt initiieren. Auch eine erste Termin- und Finanzplanung soll durch die Verwaltung vorgelegt werden, so Ralf Jäkel bei der Begründung.

In der Berliner Vorstadt schließlich sollen hinter der Villa Tummeley alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, den Uferweg wiederherzustellen. Dies beschlossen die Stadtverordneten – ebenfalls auf Antrag der LINKEN. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Vorstoß mit den schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit. Die Stadt hatte zunächst angekündigt, den vertraglich gesicherten Weg erst wiederherstellen zu wollen, wenn dies auch auf den Nachbargrundstücken möglich sei.

Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Wohnhaus Am Alten Markt 10

In Potsdam wird gebaut und trotzdem nach bezahlbarem Wohnraum gesucht. Am Alten Markt 10 sollte das Wohnhaus mit bezahlbaren Mieten abgerissen werden, ginge es nach dem Willen von SPD und CDU. Dagegen setzte sich erfolgreich

ein Bürgerbegehren zur Wehr. Nun soll der Abriss von einer Wirtschaftlichkeitsberechnung abhängig gemacht werden, die aufzeigen soll, ob ein Abriss mit Neubau oder eine Sanierung wirtschaftlicher wären. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach, wann diese Berechnung den Stadtverordneten nun vorgelegt wird. Die Stadtverwaltung antwortete, der Sanierungsträger beginne derzeit mit der Untersuchung, sodass zum Ende dieses Jahres eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt werden kann. Diese liegt allerdings noch nicht vor.

Kleingärten am Angergrund dauerhaft erhalten

Der hohe Spekulationsdruck auf dem Potsdamer Immobilienmarkt richtet sich immer wieder auch gegen Kleingärten und Grünanlagen. Jüngstes Negativbeispiel ist die Kleingartensparte „Angergrund“ in Babelsberg. Der Immobilienentwickler TAMAX hat die Flächen erworben und will dort nun Wohnungen errichten, obwohl das Areal als Grünfläche-Dauerkleingartenanlage im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist. Die betroffenen Pächter der Kleingärten werden durch den Eigentümer bereits mit Räumungsklagen überzogen. Die Stadtverordneten bekräftigten in einem von der LINKEN initiierten und fraktionsübergreifend getragenen Beschluss die Festsetzungen des Flächennutzungsplans. Darüber hinaus beauftragten sie den Oberbürgermeister auch mit der Erarbeitung eines Aufstellungsbeschlusses für einen entsprechenden Bebauungsplan, der die Kleingartennutzung dauerhaft festschreiben soll. Den Spekulationen des Grundstückseigentümers wäre damit der Boden entzogen. Der B-Plan wurde im Dezember 2018 beschlossen.

November

Nach 16 Jahren: Wechsel an der Stadtspitze

Eine Atmosphäre seltener Harmonie beherrschte die Stadtverordnetenversammlung am 7. November. Es war nach 16 Jahren die letzte Sitzung, an der Jann Jakobs als Oberbürgermeister teilnahm. Und die Stadtverordneten hatten sich scheinbar einen versöhnlichen Abschied vorgenommen - große Streitthemen fanden sich nicht auf der Tagesordnung - und auch der Oberbürgermeister präsentierte in seinem letzten Bericht nur Einiges. Zunächst konnte er gute Nachrichten verkünden: Nach jahrelangem Streit um den geplanten Synagogen-Neubau ist eine Einigung in greifbare Nähe

gerückt. So nah, dass am 9. November eine symbolische Grundsteinlegung auf der Baufläche an der Friedrich-Ebert-Straße stattfinden konnte. 2020 soll Baubeginn sein. Auch im Kampf um Potsdams Uferwege zeichnen sich Schritte in die richtige Richtung ab. Mit 4 Anrainern des Griebnitzsees sei eine Einigung erreicht worden. Einzig den Bund der Steuerzahler griff der OB mit harschen Worten an. Dessen Kritik am „blue“ als Beispiel für Steuerverschwendung sei getragen von einer „neoliberalen Geisteshaltung“, die er nicht teilen könne.

In seinen späteren Abschiedsworten bedankte sich Jakobs für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Inklusionspreis für Potsdam

Einen Vorschlag des neuen Beirats für Menschen mit Behinderungen aufgreifend initiierte Jana Schulze den Antrag zur Einführung eines Inklusionspreises. Gemeinsam mit dem Beirat und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung soll der Oberbürgermeister Kriterien für Auslobung und Preisvergabe entwickeln.

Direktwahl der Beiräte

Für bestimmte Interessengruppen (Behinderte, Migrant*innen, Senior*innen) gibt es städtische Beiräte. Nach einer entsprechenden Änderung der Kommunalverfassung durch den Landtag soll der Oberbürgermeister nun die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle diese Beiräte in Potsdam künftig direkt gewählt werden können. Dieses Anliegen bestätigten die Stadtverordneten auf Antrag der LINKEN.

Soziale Infrastruktur für Krampnitz

Ca. 10.000 Bewohnerinnen und Bewohner wird der neue Stadtteil Krampnitz einmal haben. Neben den „Pflichtübungen“ wie Schulen und Kitas sollen bereits jetzt auch andere notwendige Einrichtungen wie z.B. ein Bürgerhaus, Jugendfreizeiteinrichtungen oder eine Bibliothek mitgeplant werden. Das forderte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Es gehe darum, belastbare Festlegungen im Rahmen der Planung zu treffen. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt verwies zum einen auf die notwendige Kompatibilität zum Masterplan für Krampnitz und darauf, dass für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben die Finanzierung durch die Stadt gesichert werden müsse. Der Entwicklungsträger sei hierfür nicht zuständig. Er empfahl deshalb eine Ablehnung dieses Antrags. Dem folgte die Mehrheit der Stadtverordneten aber nicht und bestätigte dieses Anliegen.